



TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung

Titel: Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in der Frühschwangerschaft

Beschlussantrag

Von: Stefanie Minkley als Abgeordnete der Landesärztekammer Hessen
Dr. Heidemarie Lux als Abgeordnete der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Sophia Blankenhorn als Abgeordnete der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Susanna Colopi-Glage als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Paula Hezler-Rusch als Abgeordnete der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Jana Reichardt als Abgeordnete der Ärztekammer Berlin
Dr. Laura Schaad als Abgeordnete der Ärztekammer Berlin
Dr. Friederike Fabian als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Svea Rüppell als Abgeordnete der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Susanne Bublitz als Abgeordnete der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Sylvia Ottmüller als Abgeordnete der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Markus Haist als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Jörg Woll als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Robin T. Maitra, M.P.H. als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Detlef Lorenzen als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Joachim Suder als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Sibylle Freifrau von Bibra als Abgeordnete der Bayerischen Landesärztekammer
Wieland Dietrich als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Hans-Otto Bürger als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Florian Gerheuser als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Matthias Marschner als Abgeordneter der Ärztekammer Berlin
Julian Veelken als Abgeordneter der Ärztekammer Berlin
Dr. Ina Martini als Abgeordnete der Landesärztekammer Brandenburg
Dr. Christine Schroth der Zweite als Abgeordnete der Ärztekammer Hamburg
Dr. Irmgard Pfaffinger als Abgeordnete der Bayerischen Landesärztekammer
Christiane Hoppe als Abgeordnete der Landesärztekammer Hessen
Dr. Christina Wulf als Abgeordnete der Ärztekammer Hamburg
Anne Schluck als Abgeordnete der Ärztekammer Schleswig-Holstein
Dr. Christine Schwill als Abgeordnete der Ärztekammer Schleswig-Holstein

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE BESCHLIESSEN:

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0

Der 128. Deutsche Ärztetag 2024 fordert die Bundesregierung auf, die Empfehlungen der Expertenkommission zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs im ersten Trimenon noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen, um die Kriminalisierung von Betroffenen und durchführenden Ärztinnen und Ärzten zu beenden.

Begründung:

Die Expertenkommission der Bundesregierung zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin hat in ihrem jüngst veröffentlichten Abschlussbericht die Möglichkeiten der Regulierung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuches bewertet. Der Bericht der Expertenkommission empfiehlt vor dem Hintergrund internationaler medizinischer und menschenrechtlicher Standards eine grundlegende Veränderung der gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch.

In einigen Regionen Deutschlands gibt es erhebliche Versorgungsprobleme. Die bestehende Kriminalisierung führt zu Verunsicherung von Ärztinnen und Ärzten sowie zu Weiterbildungslücken.

Durch die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs im ersten Trimenon sollen die Bedingungen für die Durchführenden und die Versorgungssituation der Betroffenen verbessert werden.

Dieser Antrag wurde auf Beschluss des 128. Deutschen Ärztetages 2024 auf den 129. Deutschen Ärztetag 2025 vertagt.